

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Mai 2010

60. Jahrgang, Nr. 691

NRW: Vieles läuft auf eine Regierungsbeteiligung der Linken hinaus

Eine nachträgliche Betrachtung der Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen

Die Linke ist da. Manche sagen: angekommen. Im Westen, im Herzen der Bundesrepublik Deutschland. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat eine Einwohnerzahl von etwa 18 Millionen. Das sind, wenn man es großzügig betrachtet, etwa so viele, wie die DDR einst hatte. Der Stimmenanteil der Linken beträgt rund fünfeneinhalb Prozent. Dass die SED auch in der DDR keineswegs über eine Mehrheit verfügte, zeigte sich spätestens bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Gerade einmal 16,4% bekam die damalige PDS/SED, nur gut 4 Monate nach dem Zusammenbruch und dem Fall der Mauer.

Was wird Die Linke tun? Wird sie mitregieren? Zehn Tage nach der Wahl war offiziell noch keine Entscheidung getroffen. Dann fanden die Verhandlungen mit der SPD statt, und die Illusion einer Koalition in Rot-Grün-Rot platzte wie eine Seifenblase.

Die SPD erkannte: Mit der Linken zu regieren, das ist unmöglich.

Dabei schien es zunächst, als würde die Linke alles tun, um an der Regierung beteiligt zu werden. Man dachte, sie wird wie der Wolf im Märchen Kreide fressen und die Pfoote ins Mehl tunken, um allen zu zeigen, dass sie gar nicht so schlimm ist, wie sie sich gegeben hat. „Sachliche Politik, sozial sein, für den

Frieden sein.“ Einfache und billige Polemik, Schlagworte, miserable Rhetorik.

Nein, es kam trotz der Empfehlungen von Lafontaine nicht dazu.

Vielleicht haben Beuermann, Wagenknecht und Co. erkannt, dass die Ex-SED wenig Einfluss würde gewinnen können. Frau Kraft und Frau Löhrmann wären ein zu starkes Füh-

ren muss man sich wohl keine Sorgen machen. Die Grünen sind mittlerweile eine Macht geworden. Nicht nur in NRW. Sie sind nicht bereit, sich um möglicher Machtpositionen zu verbiegen. Immer mehr Wähler merken und akzeptieren das. Den Volksparteien CDU und SPD könnte hier alsbald ein gleichwertiger Konkurrent erwachsen.

Und die FDP?

Die FDP hat sich vielleicht zu früh zurück gezogen. Die Ampel-Koalition wäre durchaus ein zu tendendes Modell gewesen.

Und was haben wir von der CDU zu erwarten? Doch sicher nichts anderes als einen Führungswechsel in NRW. Jürgen Rüttgers ist seiner Aufgabe nicht mehr gerecht geworden. Nicht mal am Wahlabend war er mutig genug, vor die Kameras zu treten und Verantwortung zu übernehmen. In späteren Statements haben er und andere CDU-Politiker die Bundes-



CDU für die herben Stimmenverluste verantwortlich gemacht. Damit sind Bundes- und Europapolitik mit den NRW-Themen vermischt worden. Ein wenig nützliches Verhalten, das letztlich wiederum Die Linke stärken wird. Kommt nun also die große Koalition! Sie ist etwas Solides, doch sie bietet kaum Überraschungen.

rungsduo gewesen. Beide wissen, was sie für ihre Parteien (und für sich) wollen. Dass es Frau Kraft geschafft hat, den freien Fall der SPD einigermaßen zu stoppen, ist eine enorme Leistung, die nicht nur Insider beurteilen können. Egal, dass sie mit Jürgen Rüttgers von der CDU einen blassen und fast hilflos agierenden Kontrahenten hatte. Und um Sylvia Löhrmann und ihre Grü-

H. Diederich

Die Namensdiskussion ist mal wieder in Gang gekommen. VOS oder nicht VOS – Stalinismus oder nicht (nur) Stalinismus?

Nachdem wir die Debatte vor einigen Jahren erneut in der Fg geführt hatten und diese nun auch abgeschlossen schien, brandete sie während der letzten Generalversammlung umso heftiger abermals auf, wobei ich nicht untertreibe, wenn ich das Wort *aufbranden* benutze.

Nun, die Diskussion ist fast so alt wie die VOS, denn sie wurde bereits geführt, als viele der heutigen Mitglieder unserem Verband noch nicht angehörten. Es ging um den Namen des Verbandes als solches und auch um die Unterzeile, genauso wie dereinst heftig gestritten wurde, ob der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden der VOS denn Stellvertretender Bundesvorsitzender oder Stellvertreter des Bundesvorsitzenden heißen soll.

Manches mag hier als Wortklauberei erscheinen, es ist aber nicht unbedingt eine solche. Gerade was den Begriff Stalinismus angeht, sollte man gründlich nachdenken. Der Stalinismus ist mit dem Tod des Diktators ebenso wenig erloschen wie der Marxismus nach Marxens Tod verschwand. Wenn wir beispielsweise in diesen Tagen auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen schauen, wo die Linke mit populistischen Parolen in den Landtag gelangt ist, so werden sich die Älteren von uns daran erinnern, dass nun ein Vorhaben seine Erfüllung gefunden hat, das ursprünglich vom Diktator Stalin angedacht war. Schon Anfang der 1950er-Jahre, als die Teilung Deutschlands noch nicht zementiert war, wies Stalin seine Vasallen aus der SED an, möglichst viele Genossen zu Agita-

toren auszubilden. Es hieß: „Bereitet euch darauf vor, dass ihr bald an Rhein und Ruhr eingesetzt werdet, denn wenn der Sozialismus auch dort gesiegt hat, brauchen wir ideologisch gefestigte Leute, die ihn im geeinten Deutschland in die Tat umsetzen.“

Stalins Vorhaben hat sich dank der Stärke der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und durch den Schutz der West-Alliierten nicht erfüllt. Zumindest nicht während der Zeit der deutschen Teilung. Und auch nachdem die Einheit gekommen war, schien es zunächst völlig absurd, dass wir noch einmal in ein bedrohliches kommunistisches Fahrwasser geraten würden. Ein Trugschluss.

Auf ein Wort

Der CDU-Spitzenpolitiker Laschet hat am Abend des 9. Mai, nach der Landtagswahl, unmissverständlich darauf hingewiesen, dass mit Sarah Wagenknecht eine Vertreterin der kommunistischen Plattform der Linkspartei nunmehr offiziell durch den Düsseldorfer Landtag laufe. Die Forderungen, die von dieser Plattform ausgehen, sind den meisten von uns bekannt. Es sind Forderungen, die mit demokratischen Prinzipien keineswegs vereinbar sind und nur auf dem Weg eines Umsturzes realisierbar wären. Ein solcher Umsturz jedoch würde die Gewaltanwendung einer Minderheit gegen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Wir würden wieder dort landen, wo wir schon mal waren, und die Absichten Stalins fänden somit ihre Vollendung.

Insofern sehe ich keinerlei Veranlassung unserem Verband einen anderen Namen zu geben. Vielmehr stehen wir vor der aktuellen Aufgabe, der Welt den Begriff des Stalinismus, seine Erscheinungsformen und die von ihm ausgehenden Gefahren zu erklären. Leider sind auf dieser Strecke inzwischen viel zu wenige Aktivitäten zu verzeichnen, wobei ich jenen Kameraden, der so heftig für die Namensänderung gestritten hat, ausnehmen möchte, denn gerade er hat seit Jahren sehr viel für die Aufarbeitung der Geschichte getan und sich öffentlich gegen die Beibehaltung sozialistischer Relikte eingesetzt.

Was uns in der VOS eher Sorgen machen sollte, ist die Altersstruktur der Mitglieder. Nach wie vor bilden die ehemaligen Häftlinge aus der Nachkriegszeit den eigentlichen Stamm des Verbandes. Natürlich freuen wir uns alle, wenn möglichst viele dieser Kameradinnen und Kameraden im Angesicht der ins Auge gefassten dreistelligen Alterszahl noch aktiv und geistig rege sind. Aber wir brauchen auch wieder Mitglieder, die halb so alt sind. Das Potenzial ist vorhanden, denn die DDR hatte bis zu ihrem Untergang 1989 politische Gefangene.

Sicherlich ist es nicht das erste Mal, dass ich somit auf dieses Defizit hinweise, aber es ist nun mal eine wichtige Aufgabe, die VOS attraktiv zu machen und Kameradinnen und Kameraden aufzunehmen. Wichtiger jedenfalls, als um Namen und Unterzeilen zu streiten. Denn wenn der Verband womöglich in zwanzig Jahren nicht mehr existieren sollte, ist es eher belanglos, wie er zuletzt geheißt hat.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

Innenminister Hövelmann gratuliert Johannes Rink zur Wiederwahl

Aufmunternde und anerkennende Worte

(FG) Anlässlich seiner Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus hat der Innenminister von Sachsen-Anhalt Holger Hövelmann Johannes Rink beglückwünscht und ihm bestätigt, dass das erreichte Wahlergebnis von einer hohen Akzeptanz der bisher geleisteten Arbeit zeuge und das Vertrauen spiegele, das in seine Person und seine Fähigkeiten gesetzt würde. Johannes Rink war bei der 28. Generalversammlung der VOS einstimmig von den Delegierten gewählt worden. Er ist kompetent und zuverlässig.

Sonderausstellung in Bautzen eröffnet

Eindrücke und Erinnerungen an die Verhältnisse im Knast aus dem Jahr 1989

(FG) Mit der Ausstellung „Aufstand hinter Gittern“ zeigt die Gedenkstätte Bautzen (Weingangstraße 8 a) seit dem 6. Mai anhand von Ereignissen im Zuchthaus Brandenburg, wie die Atmosphäre in den Strafanstalten der DDR allgemein und konkret war, als in den Wochen vor dem Mauerfall Tausende auf die Straße gingen, um das SED-Regime wegzufegen. Brandenburg steht beispielhaft für den Umbruch des DDR-Strafvollzuges in den Monaten von Oktober 1989 bis September 1990.

Die Sonderausstellung, bestehend aus Fotos, Dokumenten und audiovisuellen Berichten von Zeitzeugen läuft bis 29. August (Eintritt ist kostenlos).

In dieser Ausgabe:

W i c h t i g

ERÖFFNUNG DER GEDENKSTÄTTE TORGAU

Beleidigungen und Verweigerung

Der Ausdruck „Schandmal“ schändet die Opfer pauschal

Wahrheit lässt sich nicht verbieten

Über den Umgang mit den Opfern beider deutscher Diktaturen

Seiten 4 und 5

Titelseite:

Die Linke und die anderen Parteien in NRW

Nach der Wahl herrschte Ratlosigkeit

Redaktionsthema:

Namensdiskussion in der VOS wieder im Gange 2

Speziallager Bautzen: Es wurde unerträglich

Heinz Unruh erinnert als Zeitzeuge an den Beginn des Hungerstreiks vor 60 Jahren 6

Zusammenarbeit kann nur nützlich sein

Gründer von Stasi-Opfer-Netzwerk besucht VOS-Bezirksgruppe Detmold 7

Gute Führungsarbeit im Vogtland

Bezirksgruppe wird erfolgreich von Petra und Werner Dietz geleitet 8

Diesmal nahmen 60 Leute teil

Hamburg organisiert wieder die Wanderung zum Gedenken an Michael Gartenschläger 8

Was man den Tätern sagen sollte 9

Der Rote Platz bebte wie früher

Militärdemonstration zum 8. Mai in Moskau 9

Der Name VOS – ja oder nein

Was unser Experte Wolfgang Stiehl meint 10

Sender Phönix: Ein Oberstleutnant kam zu Wort ...

...und eine Betroffene protestiert 10

Geschichtsthema: Forderung nach Demokratie

Ein Zeitzeugenbericht zum Juni 1953 11

Zwei Buchvorstellungen:

- **Martin Hoffman: Kunst kann aus der Erinnerung kommen** und 12
- **Postkontrolle ohne jede Scham** 12

Wenn Wände anfangen zu sprechen

Inschriften in einer Potsdamer Haftanstalt 13

Der Marxismus und seine Apologeten 14

Die VOS – ein starkes Stück Geschichte 15

Wer sein Recht sucht, muss erst blechen 15

- Ausstellungen, Briefe	2, 13, 16
- Erklärungen	8
- Suchmeldungen	15
- Verstorbene, Spender	3, 15
- Impressum, Porträt	16



Zu einer wesentlichen Stütze der VOS-Bezirksgruppe Reichenbach/Elsterberg/Auerbach/Oberes Vogtland hat sich unsere Kameradin Petra Dietz entwickelt. Gemeinsam mit ihrem Mann Werner Dietz steuert sie die Geschicke und führt sachkundig Beratungen für viele andere SED-Opfer durch.

Lesen Sie auf der letzten Seite dieser Fg-Ausgabe über die Aktivitäten und die Wahlergebnisse in diesem mitgliederstarken Bereich unseres Verbandes.

Viele Kameradinnen und Kameraden folgen Spendenaufruf in der vorigen

Horst Krutzsch, Wilfried Seifert, Holger Buge, Bernd Müller-Kaller, Alexander Zimmer, Gert Marten, Erna und Helmut Padel, Joachim Stein, Karin Seidel, Günther Schrader, Rainer Buchwald, Werner Wähnert, Helmut Günther, Günter Bernd, Gerhard Lätsch, Werner Mieth, Gottfried Mothes, Ingeborg Gericke, Heinz Rüdiger, Karl-Heinz Ruhna, Gustav Käthner, Fritz Rost, Wilhelm Küssner, Helmut Felbrich, Irene und Bruno Niedzwetzki, Jürgen Kurt Wenzel, Horst Schaller, Renate und Harald Würz, August Stolpe, Hans-Joachim Erler, Helge Olvermann, Holger Coors, Ursula Feustel, Oskar Falk, Heinz Krönert, Kurt Müller, Edeltraud

und Günther Ellinger, Erik Hofmann, Erich Schmidt, Heinz Richter, Rolf Bock, Karl Schwarzkopf, Karl Schulze, Ingrid Schmidt, Udo Jahr, Ernst Wolf, Horst Müller, Horst-Günter Lisk, Gerhard Unger, Hartmut Kaesewurm, Dr. Bernd Simon, Roland Steinbach, Regina Schneegaß, Helga und Ruthardt Fischer, Horst Wagner, Horst Keferstein, Horst Keferstein, Gerald Wöhner, Gottfried Gläser, Reiner Limbach, Gerd Lewin, Walter Dumke, Hubert Gärtig, Christel Haustein, Ingrid Arena, Klaus-Ludwig Goos, Prof. Dr. Ehling, Wolfgang Ullrich, Heinz Thiele, Sigrid Seime, Hans-Werner Eberhardt, Dr. Bernd Palm, Waltraud Willing, Erhard Noack, Prof. Dr. Günter Brendel, Guntram Venus, Christa König, Max Haller, Gabriele und Peter Schlegel, Gudrun und Gerhard Neff, Werner Modrow

*Allen hier genannten einen ganz besonders herzlichen Dank.
Bundesvorstand und Redakteur.*

Bitte nicht vergessen:

Jede Spende stärkt den Verband!

Statt Versöhnungsbereitschaft die üblichen Querschüsse

Eröffnung der Opfergedenkstätte Torgau am 9. Mai wird von einseitigen Protesten begleitet

Nachdem am 9. Mai die Eröffnung der Opfergedenkstätte Torgau mit Beschimpfungen in Richtung Sächsische Landesregierung und Stiftung Sächsische Gedenkstätten seitens der Opfer der NS-Herrschaft zu Ende ging, sahen sich auch die Vertreter der Opferverbände aus kommunistischer Gewaltherrschaft, vor allem der VOS, veranlasst, zu den unpassenden Äußerungen eine Stellungnahme abzugeben. Dies geschieht umso nachdrücklicher, als die VOS mit etlichen Mitgliedern und auch mit Vertretern des Bundesvorstandes an der Veranstaltung teilgenommen hat.

Von den Nachrichtenagenturen epd/dpa wurden dazu nicht zum ersten Mal entstellende Nachrichten und Halbwahrheiten verbreitet, die danach in den Zeitungsmeldungen wiederzufinden waren. Leider waren aber auch die Fernsehredaktionen wieder einmal nicht in der Lage, eine sachlich richtige und ausgewogene Berichterstattung zusammenzustellen.

Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer begründete verständlich die speziellen und gemeinsamen Seiten der Gedenkstätte und fand passende Worte für die trennende Hecke, interpretierte ihr Grün als Hoffnung.

Auch Prof. Scholtyssek aus Bonn trug in seiner ausgewogenen Rede zum historischen Kontext der Gedenkstätten dem feierlichen Anlass Rechnung. Ebenso trägt unsere Opfergruppe der VOS die Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz mit und kann die Ängste und Leiden der jungen Soldaten insbesondere in den letzten Jahren des Zweiten Weltkrieges verstehen.

Nicht verstehen kann unser Landesverband aber die Haltung und die Provokationen des Vorsitzenden des Vereins der NS-Militärjustiz Ludwig Baumann aus Bremen an diesem Tag. Wenn einer wie er aus diesem Anlass aus Bremen anreist, zuerst eine Figurengruppe für 80000 EURO als Geschenk von der Sächsischen Staatsregierung entgegen nimmt und danach die Gedenk-

Es ist aber nicht nur das. Es ist auch der wiederholte Versuch von Herrn Baumann, die Inhaftierten der sowjetischen Todeslager in Torgau zu diskriminieren. Heute noch lebende ehemalige Insassen dieser sowjetrussischen Todeslager wie der neunzigjährige alte Sozialdemokrat Heinz Richter aus Neu-Isenburg bei Frankfurt am Main sind über diese Äußerungen entrüstet. Er, ein ehemaliger Dresdner, der Herbert Wehner und Otto Grotewohl noch aus der sozialdemokratischen Jugendarbeit persönlich gekannt hat, und andere betroffene Sozialdemokraten, fühlen sich durch den ehemaligen Deserteur der Wehrmacht, Ludwig Baumann, besonders beleidigt.

Im Gegensatz zu Herrn Baumann, sieht unser Landesverband im Nebeneinander und im unmittelbaren Hintereinander der Verbrechen und Leiden mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes! Wer nur Mauern errichten und aufrecht erhalten will oder sogar beleidigt, der kann kein demokratisches Miteinander wol-



VOS-Delegation mit Vorstandsmitglied Thilo Scheibe (4. v. r.) und Petra und Werner Dietz (Bildmitte).
Die Hecke soll die Ehrenmale als symbolische Wand trennen und auch verbinden

Im Gegensatz dazu sind wir der Auffassung, dass die o. a. offizielle Einweihung beider Gedenkstätten und ihr unmittelbares Nebeneinander von der Sächsischen Staatsregierung und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten verantwortungsvoll und gut vorbereitet und die feierliche Umrahmung offensichtlich war.

Die sächsische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Frau

stätte mehrfach als „Schandmal“ bezeichnet, dann ist das nicht nur eine Beleidigung der Gedenkstätte, es ist auch eine Beleidigung der Sächsischen Staatsregierung, eine Beleidigung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und auch eine Beleidigung der Architekten M. Bennis (Berlin) und B. Weidner (Stuttgart) sowie des Schöpfers der Figurengruppe Thomas Jastram aus Rostock!

len. Unser Landesverband sieht sich genötigt, auch wenn zu wenig Hoffnung Anlass ist, eine sachlich ausgewogene verantwortungsvolle Berichterstattung in der Medien anzumahnen. Wir sind nicht bereit, Entstellungen und Beleidigungen unwidersprochen hinzunehmen!

*Im Auftrag der VOS-Landesgruppe und der Opfer des Stalinismus
Bernd Müller-Kaller, Landesvors.*

Weiterer Kommentar auf S. 5

Wer die Wahrheiten ignoriert, isoliert sich

Was viel Mühe, Fingerspitzengefühl und Geld gekostet hat, wurde nun doch kein unumschränkter Erfolg. Zumindest nicht, wollte man ihn an der Resonanz auf die am 9. Mai in Torgau eröffnete Gedenkstätte, die sowohl an die Leiden der NS-Opfer wie der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft der Nachkriegszeit mahnt, messen. Für beide Opfergruppen wird hier mit Ausstellungen und Gedenkplätzen an erlittenes Unrecht gedacht. Und um die lange unüberwindbar scheinende Kluft der jeweils noch lebenden Betroffenen zumindest symbolisch zu überbrücken, sind die Gedenkplätze durch ein als versöhnungsbringend angedachtes Grün einer Buchenhecke getrennt, vielleicht auch verbunden.



Ministerin von Schorlemmer

Dies und anderes drückt das große Bemühen der Landesregierung Sachsens und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur ausgewogenen Würdigung der Leiden und den Willen zur Aufarbeitung des in zwei unmittelbar aufeinander folgenden Diktaturen begangenen Unrechts aus. Weiß man doch, dass in Torgau im Namen der NS-Militärjustiz in den Mauern des Gefängnisses Gewalturteile vollstreckt wurden und dass nach Kriegsende die Sowjets hier zwei Speziallager eingerichtet hatten, in denen viele Menschen zugrunde gingen oder den Weg in die sibirischen Lager antraten.

Dennoch blieben die Feierlichkeiten der Gedenkstättenöffnung nicht ungetrübt, da von Seiten der Verfolgten der NS-Opferjustiz keine Akzeptanz des nunmehr verwirklichten Konzepts erkennbar ist.

So wurde die Gedenkstätte als „ein Schandmal“ bezeichnet, eine Ausdrucksweise, die angesichts der Toten und der mit großen Schäden überlebenden Opfer wenig Interesse weckt, in eine weitere Diskussion über mögliche Veränderungen zu treten. Durch dieses Verhalten, diese Äußerungen, werden sowohl die ruhenden Toten pauschal diffamiert und begeben sich zugleich jene, von denen die Äußerungen kommen, ins Abseits. Hier scheint ein Stadium erreicht, dass durch bloße Verweigerung vor allem in der Kenntnisnahme von Wahrheiten geprägt ist. Aber auch die Einsicht, dass nach Auflösung der sowjetischen Lager auf dem Gebiet der DDR Antifaschismus und NS-Opfer-Gedenken als ideologische Grundlage zur Aufrechterhaltung einer neuen Diktatur missbraucht wurden, fehlt völlig.

Da in den letzten Jahren hinreichend Argumente – auch Anschuldigungen und Beschimpfungen – ausgesprochen wurden, sind die Geschehnisse nicht neu, wie betroffen sie auch jetzt noch machen. Für beide Diktaturen wurde Aufarbeitung betrieben, was sich durch Gedenkstätten und Veranstaltungen ausdrückt. Dass in den Speziallagern der Sowjets Unschuldige umgekommen sind, ist eine Tatsache. Ebenso wissen wir, dass sich unter ihnen auch Täter befanden. Und nach dem, was die Deutsche Wehrmacht und die militärischen Organisationen des NS-Regimes in der Sowjetunion an Verbrechen begangen haben, lässt sich vieles erklären und verstehen, was die Deutschen infolge der Kriegsniederlage als durch die Rote Armee begangenes Unrecht empfinden, wengleich die sich an den Zweiten Weltkrieg anschließende 45 Jahre währende kommunistische Zwangsherrschaft über große Teile Europas letztlich nicht mehr mit der Vergeltung der deutschen Kriegsschuld entschuldigen lässt.

Trotzdem müssen die Toten ihren Platz bekommen. In der Geschichte und in den Erinnerungen. Dies ist nicht nur eine Notwendigkeit für die Gegenwart, sondern es ist ein Auftrag, den wir als unmittelbar Betroffene hinsichtlich der nachfolgenden Generationen übernom-



men haben. Wer blind vor der Geschichte steht, die komplex und langlebig war und ist, den wird man auf Dauer nicht beachten. Egal, wie laut er sich artikuliert und wie bitter er das selbst erlittene Schicksal empfindet. Man kann nicht durch Gefühle und propagandistische Parolen Wahrheiten tilgen oder anders auslegen. Man wird auch nicht verhindern können, dass vor allem die nachfolgenden Generationen, die eine distanziertere Sicht als viele heutige Mitmenschen haben, die eine Diktatur mit der anderen vergleichen. Man kann das zwar heute verbieten, aber man wird mit puren Verboten die Aufarbeitung nicht aufhalten. Verbote führen nur zu Missverständnissen.

Man hat gesehen, dass die in Torgau eingerichtete Gedenkstätte Zuspruch und Zustimmung findet. Daran ändern die wenigen Gegenstimmen nichts. Es ist daher wichtig, die Verantwortlichen, die Initiatoren dieser Stätte, in ihrer Arbeit weiter zu bestärken. Ansonsten wird es schwierig, die Aufarbeitung der Geschichte fortzusetzen. Und zwar nicht nur der stalinistischen Diktatur, sondern auch die weitere Aufarbeitung der NS-Zeit.

Tom Haltern, Fotos: VOS

HUNGER - KÄLTE - ISOLATION – es endete im Aufstand Erlebnisbericht aus dem sowjetischen KZ-Lager Bautzen

Dieser Bericht basiert auf Aussagen und Berichten der Kameraden Klaus Benzing, Werner Fronober, und dem Auschwitz-Häftling Samuel. Er wurde niedergeschrieben von Heinz Unruh, dem über die Hungerrevolte von diesen Kameraden berichtet wurde.

Das KZ-Lager Bautzen hatte mich wieder. Im Februar 1950 wurde ich mit anderen Haftkameraden nicht von den Deutschen übernommen, sondern verblieb in sowjetischer Haft. Wir wurden nach Halle in den roten Ochsen verlegt, um von dort in die Sowjetunion transportiert zu werden. Im September 1950 brach dort meine nicht ausgeheilte Tbc erneut aus und damit war ich für Russland nicht tauglich. Es erfolgte mit anderen Kameraden der Rücktransport in das KZ-Lager Bautzen.

Das Haus 3 nahm mich in Saal 1 als Tbc-Station wieder auf. Hier hatte ich schon während der Sowjetzeit als Tbc Kranker auf Saal 1 gelegen. Nun hockte ich wieder auf der vergammelten Holzpritsche, umringt von Kameraden, die mich schon in einem Straflager Russlands vermuteten. Das Frage-und-Antwort-Spiel nahm kein Ende. Die Fragesteller, der ehemalige Oberleutnant Werner Fronober, der immer lustige Gastwirt aus Berlin, Tucke Timm, sowie ein nicht unbekannter Journalist aus Berlin, Klaus Benzing und mein alter Weggefährte, ein junger Jude aus Berlin, der schon während des Krieges in Auschwitz interniert gewesen war. Fast waren sie Dauergäste auf meiner Schlafstelle. Als ich alle Fragen erschöpfend beantwortet hatte, konnte ich meine eigenen Fragen nach ihren Eindrücken über das deutsche Wachpersonal anbringen. Da ich bei meiner Einkleidung in der Kleiderkammer schon unliebsame Erfahrungen mit den deutschen Bütteln machen musste, fand ich in ihren Ausführungen die Bestätigung meiner noch kurzen Erfahrung. Was ich in den folgenden Tagen von ihnen erfuhr, erschien mir als langjähriger Häftling schier unglaublich.

Ich hatte seit 1947 alle Stationen dieser roten Unmenschlichkeit durchlaufen, aber das, was ich von meinen Haftkameraden erfuhr, stellte alles, was ich bis dato wusste auf den Kopf. Dass deutsche lernbegierig sind und alles besser machen wollen, ist bewiesen. Dass sie aber ihre Lehrmeister übertreffen, ist einzigartig.



Nach der Machtübernahme im Lager durch deutsche, kommunistische Büttel, wurde das „Gelbe Elend“ zur „roten Hölle“. Die Verpflegung wurde rigoros gekürzt, die Behandlung durch die KZ-Wächter erinnerte an Sklavenhalter, die medizinische Betreuung war gleich null. All das führte dazu, dass die Kameraden jegliche Hoffnung auf Gerechtigkeit aufgaben und bereit waren, für ihre Rechte zu kämpfen.

Die Kameraden, die auf meiner Pritsche hockten, hatten großen Anteil an der Organisation der Hungerrevolte. Dazu gehörte auch der junge Israeli aus Berlin, der seine langjährige KZ-Erfahrung in Auschwitz einbringen konnte. Auch in Ausch-

witz war er an einer Revolte beteiligt gewesen. Er knüpfte auf Grund seiner kleinen Sonderstellung, die Büttel behandelten ihn ein wenig freundlicher und somit konnte er Verbindungen über die Hausläufer, Essensträger und Saalälteste sowie unsere Häftlingssanitäter herstellen.

Die Essensträger trugen bei der Verbindung zu den Sälen und Zelten den Hauptteil. Die Gilde der Essensträger war völlig immun gegen die Spitzel, denn diese schwere Arbeit war nichts für die Verräter. So wurde ein verlässliches Netz geknüpft und die Spitzel fanden keinen Zugang zu diesem Kreis.

Selbst die später am Fenster gezeigten Transparente mit der Beschriftung wie „Wir haben Hunger – Wir rufen das rote Kreuz“ oder andere markante Sprüche waren für die KZ-Schergen eine böse Überraschung, sie mussten ihr Spitzel-System neu ordnen.

AM 13.3.1950 begann schlagartig die Hungerrevolte, fast 10.000 Häftlinge wollten nicht länger Sklaven sein. Als morgens wie üblich die Kübel in die Säle geschleppt wurden, verweigerten die Häftlinge die Annahme der Hungerration. Die KZ-Schergen wurden ein wenig freundlich und baten mit guten Worten, das Essen anzunehmen.

Sie ahnten noch nicht, welchen Umfang dieser Streik annehmen würde. Auch einige sogenannte Offiziere traten in Erscheinung und versprachen bei Annahme der Speisen eine Verbesserung. Aber sie drohten auch mit Repressalien.

An folgenden Tagen das gleiche Spiel, hier demaskierten sich die deutschen Büttel, die Posten brüllten voller Hass auf die schweigenden Häftlinge ein: „Ihr werdet noch um das Essen winseln, um euch Verbrecher ist es nicht schade. Es ist nur schade, um das gute Essen.“ Der blanke Hass sprach aus ihren Augen, als sie hohnlächelnd den Saal verließen. *Heinz Unruh*

Fortsetzung in der nächsten Fg.

Die VOS dankt dem Verfasser für die Aufarbeitung dieses Themas.

Gedenken für einen konsequenten Widerständler

Jährliche Wanderung zu Ehren von Michael Gartenschläger

Die Bezirksgruppe Hamburg der VOS traf sich auch in diesem Jahr wieder zum 34. Todestag von Michael Gartenschläger am großen Grenzknick, Grenzsäule 32, um seiner zu Gedenken.

Verstärkt wurden wir diesmal durch die Staatspolitische Gesellschaft Hamburg, die in ihrem diesjährigen Programm den Besuch der Gedenkstätte Michael Gartenschlägers aufgenommen hatte. Dankenswerterweise hatten sie Freya Klier verpflichtet, die im Rahmen der Gedenkveranstaltung ihr gelungenes Buch „Michael Gartenschläger - Kampf gegen Mauer und Stacheldraht“ innerhalb einer Lesung vor-

stellte. So konnten sich am zweiten Mai 2010 über 60 Teilnehmer an der ehemaligen Grenze davon überzeugen, in welchem Kontext Selbstschussanlagen, Minen und Todesstreifen im Leben von Michael Gartenschläger standen.

Gleichzeitig erhöhte sich der Bekanntheitsgrad der VOS Hamburg im norddeutschen Raum erheblich.

Symbolisch wurde an der ehemaligen Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik wieder eine Grenzsäule aufgestellt, die erfreulicherweise heute nur noch die Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern markiert. Alle Teilnehmer wa-

ren sich einig, wie wichtig der Erhalt der Gedenk- und Erinnerungsstätten ist, die eindeutig die Verbrechen der ehemaligen DDR aufzeigen. In Hinblick auf das Schönreden der jüngsten Vergangenheit und dem

Wiedererstarken der neuen Linken wird es umso wichtiger, die Verbrechen der Kommunisten ins Gedächtnis der gesamtdeutschen Bevölkerung zu rufen. Menschen wie Michael Gartenschläger sind leuchtende Vorbilder. „Er war einer der glaubwürdigsten und mutigsten Menschen, die Widerstand leisteten“, so Freya Klier in Boitzenburg.

Uwe Rutkowski



Der Vorsitzende der VOS-Bezirksgruppe Hamburg Uwe Rutkowski zum 32. Gartenschläger-Gedenken mit einem Blumengebinde an der symbolisch errichteten Grenzsäule. Diesmal nahmen sechzig Leute teil.

Alt und Jung: Ostwestfälische Bezirksgruppe Detmold hält weiter eisern zusammen

Bewährtes Personal-Duo als Vorstand im Amt bestätigt

(FG) Zweimal pro Jahr treffen sich die Kameraden der ostwestfälischen VOS-Bezirksgruppe mit Sitz in Detmold, wobei die einzelnen Kameraden aus den verschiedenen Metropolen der Umgebung kommen.

Erich Grebe etwa reist aus Paderborn an, Horst Vogt aus Herford und Bernd Pieper aus der Medienstadt Gütersloh. Dies sind nur einige Beispiele, wiewohl diesmal einige Mitglieder durch Krankheit verhindert waren.

Als Gast konnte endlich der Initiator des Netzwerkes Stasi-Opfer begrüßt werden. Dies ist der aus dem Münsterland stammende Harry Hinz, der durch seine Erläuterungen wichtige Informationen an die Anwesenden geben konnte. Kamerad Hinz ist mittlerweile Mitglied der VOS, was einmal mehr zeigt, dass die Verbände VOS und Netzwerk keine konkurrierenden Ambitionen haben.

Keine Überraschung gab es bei der Vorstandswahl. Das sympathische Tandem Bernd Pieper und Erik Hofmann führt die Geschicke der Bezirksgruppe auch in Zukunft weiter. Dies ist besonders für die älteren Kameraden wichtig, denn diese erfreuen sich durch den Vorstand einer hilfreichen Betreuung, wenn es darum geht, Gespräche zu führen oder Fahrdienste in Anspruch zu nehmen.

Einen breiten Raum in der Versammlung nahm die Weiterführung des Zeitzeugenprogramms an. Unser Kamerad Erich Grebe, inzwischen weit über achtzig Jahre alt, leistet hier noch immer vorbildliche Arbeit. So trat er mit seinen Ausführungen vor etwa 700 Schülern auf und fand großen Anklang. Nicht anders ist es mit Horst Vogt, der Ende letzten Jahres in Bielefeld gemeinsam mit zwei weiteren Kameraden über seine Haftzeit referierte. Es ist sinnvoll, diese Zeitzeugenarbeit fortzusetzen. T. H.

Petra und Werner Dietz weiterhin im Vorstand Bezirksgruppenvorstand

VOS in der Vogtland-Region nicht nur zahlenmäßig stark

(FG) Die Bezirksgruppe Reichenbach/Auerbach/Elsterberg/Oberes Vogtland zählt zu den emsigsten und zuverlässigsten, die es in der VOS gibt. Zudem weist sie mit 140 Mitgliedern einen kompakten Stamm auf. Nicht zuletzt liegt das an den tatkräftigen Vorstandsmitgliedern, die sowohl für die Kameradinnen und Kameraden auf regionaler Ebene wie auch für den Bundesvorstand stets ansprechbar sind.

Vor allem Petra Dietz, die als Stellvertreterin des Vorsitzenden regelmäßig Opferberatungsstunden durchführt, ist hier zu nennen (siehe auch letzte Seite dieser Fg). Sie wurde ebenso wie ihr Ehegatte Werner Dietz (als Vorsitzender) bei der letzten Wahl im Amt bestätigt. Allerdings nahmen beide nicht selbst an der 28. Generalversammlung teil, sondern es wurden Lothar Baumann und Reinhard Bollmeier (Foto) delegiert.

Mit entsprechendem Tiefgang wurde auch die letzte Vorstandsversammlung durchgeführt. Hier gab es Diskussionen zur Verbesserung der Opferrente, wo festgestellt wurde, dass diese immer noch auch an

ehemalige kriminell Inhaftierte gezahlt würde, die zu Zeiten der Teilung in die Vergünstigung des Frei-



Reinhard Bollmeier - stabilisierender Faktor in der Bezirksgruppe.

kaufs gelangten, da durch den Beauftragten der Bundesregierung die

Haft- und Gerichtsunterlagen nicht eingesehen werden konnten.

Ausgewertet wurden zuletzt auch die Gedenktreffen von Mühlberg und Buchenwald. Ebenso hatte man Kontakt mit dem Hobby-Historiker Siegfried Meyer aufgenommen, dessen Großvater in Mühlberg inhaftiert war und der von dort nicht zurückkehrte.

Meyer sammelt Zeitzeugnisse aus dem Lager, wobei er schon etliches an Fotos und Berichten, die mir u.a. Kamerad Schmalfuß und Kameradin Wunderlich aus dem Vogtland zur Verfügung stellten, zusammengetragen hat. Ein Schwerpunkt seiner Sammlung gilt dem Leben des ehemaligen Mühlberg-Häftling Stephan Dietrich, der im Lager Lieder erfand, um den

Mithäftlingen etwas Ablenkung zu bieten.

Opferverbände fordern Nachbesserungen

Gemeinsame Erklärung geht an die Bundespolitik

(FG) Mit einer gemeinsamen Erklärung haben sich 6 Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände, darunter die VOS, an die Bundespolitik gewandt, um die seit langem geforderten Nachbesserungen bei der Gewährung der „Besonderen Zuwendungen“ nochmals offiziell anzusprechen. Dabei handelt es sich um Inhalte, auf die in der Fg bereits deutlich hingewiesen wurde, die in fünf konkreten Thesen zusammengefasst und über die auch weiter berichtet wird. Eine der Forderungen ist die Verlängerung der Fristen für Anträge auf Rehabilitierung. Wer nicht rehabilitiert ist, kann dann keine Anträge auf Besondere Zuwendung mehr stellen. Dies wäre bis zum nächsten Jahr – eine kurze

Zeitspanne, zumal viele anspruchsberechtigte noch nicht einmal wissen, dass ihnen die monatliche Zahlung von maximal 250 Euro zusteht. Ihnen würde, bliebe die Antragsfrist unverändert, die Ehrenpension vorerhalten werden, falls sie bis zum 31.12.2011 keine Strafrechtliche Rehabilitierung beantragt haben.

Gefordert wird auch, dass ehemalige politische Haftopfer, die nicht mehr am Leben sind und vor ihrem Tod nicht rehabilitiert worden sind, eine Rehabilitierung auch posthum erfahren können. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit und sollte deshalb auch in entsprechende rechtliche Form gekleidet werden. Ebenfalls muss die Beweislastverteilung bei der Anerkennung haftbedingter Ge-

sundheitsschäden geändert werden. Wie inzwischen immer wieder angemahnt wurde, sind viele in der Haft erlittene Schäden nach Jahrzehnten als solche nicht mehr zu belegen. Dennoch sind sie vorhanden und als eindeutige Folgen der Haft einzustufen. Eine Teillösung des Problems könnte zunächst die Möglichkeit bieten, sich als Geschädigter einen Gutachter nach freier Wahl zu suchen. Oft, so zeigt die Praxis vor allem in den alten Bundesländern, wissen die von den Ämtern bestellten Gutachter nicht einmal, welche menschenunwürdigen Zustände in den sozialistischen Haftanstalten herrschten.

Heute wie damals: Die Wahrheit will wohl niemand hören

Rainer Buchwald richtet einige Appelle, die er an seine Haftzeit erinnern, an die Täter von einst. Werden sie jemals dort ankommen?

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, wie und warum sie jemanden in ein Heim sperrten, obwohl er nichts getan hat.

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, warum sie junge Menschen in die Stasi U-Haft und in einen Jugendwerkhof steckten, weil sie Reisefreiheit gefordert haben. Und man sollte fragen: warum?

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, dass sie einem die Chance auf das Leben genommen haben und einem nicht nur eine Berufsausbildung verwehrten.

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, dass sie uns zu Hilfsarbeitern degradierten, um sich selbst besser zu stellen und dass sie zu feige waren (und sind), selbst ehrlich zu sich und den anderen zu sein.

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, dass sie uns 1966 ins Jugenderziehungslager einsperrten, weil wir Westradio hörten. Dies war ein Arbeitslager in Rüdersdorf, in welches 14- bis 18-Jährige weggesperrt wurden, weil sie in der DDR trotz Verbots Beat-Fans waren, (wobei die Beat-Fans in der DDR hauptsächlich für die Musik ihrer damaligen überwiegend aus Großbritannien und den USA stammenden Idole schwärmten und dies nichts mit der Bewegung der West-68er, die bis heute Popularität genießt und

über die noch viel gesprochen und im Fernsehen berichtet wird, zu tun hat.)

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, dass sie einem 15 Monate Haft wegen Republikflucht in Neustrelitz dazu gegeben haben, obwohl man sowieso schon hinter Gittern in einer Zelle wegen Staatsverleumdung saß.

Ja, man sollte den Tätern ins Gesicht sagen können, dass sie schon immer alles zu ihrem eigenen Vorteil machten. Zum Vorteil der Partei, der Stasi und ihrer menschenfeindlichen Ideologie.

Aber wer von den Tätern will sich so etwas anhören? Diese Leute sitzen doch längst wieder an solchen Stellen, wo sie auf nunmehr neue Weise die Menschen unseres Landes mit ihren Parolen tyrannisieren können. Und leider, dies haben die letzten Wahlen gezeigt, gehen ihnen abermals viel zu viele auf den Leim. Zugleich nutzen sie die Zeichen der Zeit, um von ihrer eigenen schmutzigen Vergangenheit abzulenken, indem sie sich hinter Missbrauchsfällen in der Kirche verstecken.

Rainer Buchwald

8. Mai in Moskau – die Militarismus-Maschine ist wieder aktiv

Jagdbomber und Mittelstreckenraketen auf dem Roten Platz

Wer die DDR erlebt hat, der weiß, welche zwiespältigen Gefühle einen als demokratisch empfindenden Bürger zum historischen Gedenktag 8. Mai erfüllen. Es ist der Tag, an dem das nationalsozialistische Deutschland endgültig besiegt war. Die von Adolf Hitler angeführte Diktatur war offiziell beendet, der Krieg ebenso. Dies war ein historischer Einschnitt, es war die Chance für einen Neubeginn nach schrecklichen Zeiten, in denen der durch Deutschland verursachte Krieg und der Gesinnungsterror, der Massenmord an jüdischen Mitbürgern furchtbares angerichtet haben. Das Ende des faschistischen Regimes wurde vom europäischen Osten her durch die damalige Sowjetunion herbeigeführt. Dies konnte geschehen, weil das Riesenreich durch die wirtschaftliche Unterstützung durch die USA an Stärke gewann, aber auch weil der in Moskau herrschende Diktator Stalin die Truppen der roten Armee erbarungslos gegen die Wehrmacht vorantrieb. Dass Stalin keine Menschlichkeit kannte, weder gegen sein eigenes Volk noch gegen die Deutschen, ist längst bekannt. Man wusste es immer, dennoch beging man diesen 8. Mai in der einstmaligen existenten DDR mit großen Feiern, Ehrungen und speichelleckerischen Danksagungen an das Moskauer Zwangsregime.

Wir erinnern uns, dass der 8. Mai in der DDR zwei Jahrzehnte lang ein arbeitsfreier Gedenktag war. Wir

erinnern uns auch der Kampfdemonstrationen an diesem Tag und an anderen Kampftagen. Es herrschte für Betriebsangehörige, Schüler und Studenten Teilnahmepflicht. Man konnte im Fernsehen die Militärparaden verfolgen, die sich den Menschen in Ost und West als Boten neuerlicher Kriegsbereitschaft präsentierten.

Auch in diesem Jahr wurde auf der Moskauer Paradenstrecke wieder mobil gemacht. Mittelstreckenraketen mit gigantischem Vernichtungspotenzial rollten an der Tribüne vorbei, auf die man die noch lebenden Kriegsveteranen geschafft hatte und die ihre Orden erzittern ließen. Riesige Militärflugzeuge glitten über die Köpfe der anwesenden Politiker, unter ihnen Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel, hinweg. Und in den Straßen, die man nicht im Fernsehen zeigte, prangten reichlicher denn je die Bilder von „Väterchen“ Stalin, dessen Verehrung im heutigen Russland abermals zugenommen hat und der auch in Deutschland zusehend Akzeptanz findet. „Er hat uns immerhin vom Faschismus befreit, darum muss man seiner gedenken.“ Wir wissen zu gut, von wem diese Sprüche kommen und wem sie ins ideologische Konzept passen, wer damit auf billige Weise Stimmenfang im Wahlkampf betreibt. Auch wenn unsere Stimme, die die Stimme der Opfer des stalinistischen Regimes ist, höchstens am Rande wahrgenommen wird, werden wir sie weiter erheben. Haben wir sie uns vor 1989 nicht verbieten lassen, so geschieht das jetzt erst recht nicht.

B. Thonn



Ist seit der Generalversammlung die Endlos-Diskussion neu belebt?

Soll die Vereinigung der Opfer des Stalinismus eine Namensänderung bekommen?

Die 28. VOS-Generalversammlung stritt sich, wie schon in vielen vorhergehenden Generalversammlungen wieder mal trefflich um eine Namensänderung unseres Verbandes. Der Begriff Stalinismus war nach dem Wunsch des Kameraden, der den satzungsändernden Antrag eingereicht hatte, in Frage zu stellen, weil er doch die vergangene Diktatur viel zu kurz betrachtete, denn der Diktator Stalin herrschte ja nur bis 1953.

Am Ende fand der eingereichte Antrag nicht die nötige Mehrheit.

Aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt kam der Kompromissvorschlag, dass man doch beides tun könne, sowohl den von den VOS-

Gründungsvätern 1950 berechtigt gegebenen, mittlerweile alteingeführten Namen, das Logo und das Kürzel VOS beizubehalten und dennoch durch Veränderung der ersten Zeile die heutige und geschichtliche Bedeutung des Vereins zum Ausdruck zu bringen.

Ich denke, der Vorschlag sollte in den künftigen Versammlungen diskutiert werden, um in der nächsten Generalversammlung (oder auch in einer Gesamtmitglieder-Briefabstimmung) zu einer längst überfälligen Entscheidung zu kommen.

Die Worte „des Kommunismus“ könnten dabei durchaus auch noch ersetzt werden durch (beispielsweise)

„der sozialistischen Diktaturen“ (NS- und Real-) oder „der Realsozialistischen Diktatur“.

Die vorangehende Bezeichnung „Gemeinschaft von Gegnern und Opfern“ stellt aussagekräftig darauf ab, dass nicht alle nur Opfer, sondern auch häufig Widerständler waren. UND, dass im Verband auch Mitglieder sind, die nicht von der politischen Verfolgung in der/den Diktatur/en direkt betroffen waren, die sich aber entschieden gegen jegliche Bestrebung der ewig Gestrigen um eine Wiederholung ihres schmachlich gescheiterten Sozialismus/Kommunismus-Experiments stellen möchten.

Wolfgang Stiehl



In gewohnter Kreativität hat der Autor des obigen Beitrags auch den Vorschlag für ein neues VOS-Logo (unterer Kasten) mitgeliefert, das er mit dem alten Logo (oben) vergleicht. Der äußerliche Unterschied ist gering.

Fluchhilfe, Schleuserbanden und ehrenwerte DDR-Grenzer?

Sender Phönix strahlt einen missverständlichen Bericht über die DDR-Autobahnen aus

Ende April strahlte der Fernsehsender Phönix eine dokumentarische Sendung mit dem Titel „Autobahn Ost“ aus, in der mit Filmberichten, Kommentaren und Interviews über die einstige Fluchhelferpraxis zwischen der DDR und der Bundesrepublik informiert werden sollte. Dabei kamen ehemalige Grenzoffiziere zu Wort, die in ihren Wortbeiträgen eine überwiegend einseitige Darstellung der damaligen Situation einbrachten. Auch die in der Sendung gezeigten „Lehrfilme“ des MfS, die einzelne Schritte bei der Fluchhilfe nachstellten und mit den ideologisch ausgerichteten Beschreibungen des DDR-Grenzwesens unterlegt waren, führten zu teils völlig falschen Auslegungen der damaligen Situation. Hierzu unternahm Anne Klar, ehemalige politische Gefangene der DDR, den Versuch einer Richtigstellung, indem sie an den Sender Phönix schrieb:

Sehr geehrte Damen und Herren des Senders Phoenix, wie kann ein Oberstleutnant der ehemaligen DDR unwidersprochen in Ihrer Sendung „Autobahn-Ost“ auftreten, der von einer ganz normalen Grenze spricht und seine „verantwortungsvolle“ Aufgabe gegen Schleuser und Staatsfeinde in der ehemaligen DDR hervorhebt? Es waren doch meistens Freunde und Verwandte, die einem DDR-Bürger eine Chance für ein Leben in Freiheit boten. Die eigenen Vorgesetzten des Oberstleutnant, die Verantwortlichen der SED-Diktatur waren die größten und geldgierigsten Schleuser, denn sie schleusten fast wöchentlich über Jahrzehnte Busladungen mit ca. 50 Menschen von Ost nach West über die Autobahn (Grenzübergang Herleshausen) und kassierten pro verkauften DDR-Sklaven fast 100.000 DM. Diese Staatsverbrecher veranlassten auch den automatischen Wechsel des KFZ-Kennzeichens an dem Bus, den der Oberstleutnant in Ihrer Sendung als besonders verbrecherisch hervorhebt.

Es wäre, der Vollständigkeit halber, unerlässlich in Ihrer Sendung gewesen, in Bild und Ton darauf hinzuweisen, dass auch dieser unerfreuliche Menschenhandel von den DDR-Diktatoren initiiert, über die Autobahn-Ost abgewickelt wurde.

Ich wurde selbst in einem solchen Bus, begleitet von Anwälten und Staatssicherheit, über die Grenze geschleust. Vielleicht ist es Ihnen möglich, das Geschichtsbild des Oberstleutnants der DDR gerade zu rücken und ihn mit meiner Mail zu informieren, wo die größten Verbrecher in der DDR saßen.

Wenn er sich mit diesen Tatsachen auseinandersetzt, muss er doch erkennen, dass er in diesem kommunistischen System eine traurige Rolle spielte, denn er wurde von seinen eigenen Befehlsgewaltigen „für dumm verkauft“. Heute noch mit diesem Geschichtsbild einen Menschen im Fernsehen auf die Menschheit loszulassen, halte ich für eine Unverfrorenheit gegenüber den Opfern der DDR-Diktatur. Auf eine Antwort wartet.

Anne Klar

Keiner glaubte an ein Einschreiten der Sowjetunion

Hans-Joachim Kögel erinnert sich als Zeitzeuge an 1953 an die Ursachen und die Folgen

Am 17. Juni jährt sich zum 57. Mal das Datum, auf das der Volksaufstand vom Juni 1953 festgeschrieben ist. Die Erinnerung und das Gedenken spielten in den Zeiten der deutschen Teilung eine wesentliche Rolle für das Streben nach Demokratie und Einheit. Über Jahrzehnte war der 17. Juni als gesetzlicher Feiertag zum stillen und mahnenden Gedenken festgeschrieben. Mittlerweile wurde dies aufgehoben, dennoch wird in Feierstunde im Bundestag der Opfer und der Bedeutung dieser wichtigen Volksaufstandes gedacht.

Durch die VOS wird alljährlich an diesen Tag erinnert. Es finden Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen statt, von denen sich auch die Politiker nicht ausschließen können. Im Jahr 2003 war es sogar gelungen, mit der Unterstützung des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau eine Sonderbriefmarke mit Zusatzwerk herauszugeben. Die Marke war innerhalb kurzer Zeit vergriffen, von den Erlösen konnte einigen der SED-Opfer geholfen werden. Welche Erinnerungen die noch lebenden Zeitzeugen an das markante Ereignis haben, berichtet der inzwischen 89-jährige Hans-Joachim Kögel, der damals in Thüringen lebte und seit Langem in Heidelberg beheimatet ist. Kamerad Kögel ist Opfer beider deutscher Diktaturen.

Nach 20 Jahren Diktatur sehnten sich die Menschen in der DDR auf ein Leben in Freiheit und Frieden, wie das ihrer Landsleute in der Bundesrepublik. Der Tod Stalins im März 1953 weckte die Hoffnung auf ein Ende der Schreckensherrschaft und der Unterdrückung im kommunistischen Machtbereich. Trotz Gestapo/Stasi-Kerker und Strafarbeitslager wagte man es, nun auch öffentlich die Zustände im „Arbeiter- und Bauernstaat Deutschlands“ zu kritisieren, in dem die Arbeiter durch ständige Arbeitsnormen-Erhöhung (ohne Lohnausgleich) ausgebeutet und die Bauern in die Kollektivierung gezwungen wurden, sofern sie nicht bereits

enteignet und aus ihrem Heimatkreis vertrieben worden waren, wenn ihr Grundbesitz 100 Hektar überstieg.

Den Stimmungsumschwung konnte man besonders unter den Arbeitern feststellen. In den Arbeiterzügen der Reichsbahn in die großen Chemiekombinate nach Leuna und Schkopau im mitteldeutschen Industrieviertel wurden heftige Debatten geführt und erkannte Stasispitzel zur Rede gestellt. Wegen regimiekritischen Äußerungen war ich 1951 als Abteilungs- und stellvertretender Sparkassenleiter abgesetzt und zur Nachbarsparkasse Weißenfels strafversetzt worden und war täglich Fahrgast zwischen den Kumpeln. Die ungleichen Machtverhältnisse im Kreml und die Orientierungslosigkeit unter der SED-Clique ermutigten uns zum Widerstand gegen die kommunistische Unterjochung und zur Beseitigung des verhassten Unrechtsregimes in Ostberlin.



Zwei Entwürfe zur Sonderbriefmarke zur 50-jährigen Wiederkehr des Volksaufstands im Juni 1953 in der DDR.

Zur Beruhigung der zunehmenden Unzufriedenheit wurden Handwerksbetrieben überplanmäßige Material- und Warenkontingente über ihre PGH (Produktionsgenossenschaft des Handwerks) zugeteilt und die Steuerschraube

durch Einführung einer Normatiobesteuerung gelockert.

Doch die vom ZK der SED mit Zustimmung der Zwangsgewerkschaft „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)“ beschlossene weitere Normenerhöhung für die „Werkstätigen“ wurde nicht rückgängig gemacht.

Die Nachricht westdeutscher Rundfunkanstalten über die Arbeitsniederlegung Ostberliner Bauarbeiter in der Stalinallee und die Fortsetzung des Streiks am kommenden Tage verbreitete sich in Windeseile in der ganzen DDR und wurde zum Fanal des Volksaufstandes. Als ich am frühen Morgen des 17. Juni in den Leuna-Zug zustieg, wurden bereits Pläne zur Streikunterstützung der Ostberliner Arbeiter geschmiedet: Solidaritätserklärung nach Ostberlin, keine Arbeitsaufnahme der Frühschicht, Werksversammlungen und Protestdemonstrationen in Halle, Weißenfels und Merseburg. Keiner glaubte an ein Einschreiten der Sowjetunion, da sie mit den eigenen Problemen zu tun hatten.

Als Streikförderung wurden genannt: Herabsetzung der Arbeitsnormen, Verbesserung der katastrophalen Versorgung, normale Preise in den staatlichen HO-Läden, freie Wahlen, Absetzung der Regierung, Abbau der 1952 errichteten Grenzsicherungsanlagen, Vereinigung mit Westdeutschland.

Sofort nach Ankunft in der Sparkasse setzte ich mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in Verbindung. In Abwesenheit des Sparkassenleiters, der noch vor Dienstantritt zur SED-Kreisleitung beordert worden war, beschlossen wir an Demonstrationen teilzunehmen, da auch die Weißenfelser Fabriken und Betriebe an diesem Morgen streikten. Als immer mehr Betriebsangehörige in Richtung Marktplatz zogen und die Straßenpassanten und Beschäftigten in den Läden dabei zum Mitmarschieren aufforderten, schlossen auch wir uns an oder liefen direkt zum Marktplatz. → **Weiter in Fg 692**

Kunst, die aus dem Spiegel des gequälten Gedächtnisses stammt

Martin Hoffmann präsentiert eine hochwertige Sammlung an Grafiken und Zeichnungen

Von Dr. Martin Hoffmann aus Oederan haben wir in der Fg schon viel gesehen und gelesen. Immer wieder versucht er auf mahnende, aber nicht aufdringliche Weise den Menschen sein Haftschicksal, das zugleich das Schicksal tausender Haftkameraden ist, nahezubringen. Sei es durch seine Öffentlichkeitsaktionen oder durch sein Museum, in dem er aus den wenig auffindbaren Gegenständen der Workuta-Hölle ein reichhaltiges Erinnerungsbild entworfen hat, an dem sich vor allem junge Generationen einen Begriff von den Zuständen und den Folgen, die sich mit dem Lager verbinden, machen können.

womöglich selber Jahre oder Monate in politischer Haft zugebracht hat, für den ist das, was wir in dem Buch „Kunst aus dem GULag-KZ“ vorfinden, atemberaubend.

Und es ist beeindruckend. Und das, weil bekanntlich in den Haftanstalten der Kommunisten keine schriftlichen Aufzeichnungen gemacht werden durften, weil man natürlich auch keine Kunst herstellen durfte, und weil man schon gar nichts „nach draußen“ geben durfte. Die Machthaber hatten Angst, dass Menschen im zivilen Leben von den Unmenschlichkeiten, die man sich, so man sie nicht selbst erlebt hat, vorstellen konnte, erfah-

sollte, nicht nur einmal. Es sollte auch in die Bibliotheken gehören. Es ist, eben wegen seines künstlerisch historischen Inhalts, auch ein Geschenk für viele passende Gelegenheiten.

Valerie Bosse

Weitab entfernt vom Datenschutz

Kein Postgeheimnis in der DDR

Kaum etwas war vor der Stasi sicher, nicht mal der Weihnachtsbrief von der Westtante. Das System der Postüberwachung wurde im Laufe der Jahrzehnte perfektioniert. Von 1985 an nahm die Geheimpolizei Kurs in Richtung des totalen Überwachungsstaates. Ihr Mittel:

SEITENBLICK - BÜCHER IN DER FG

Nun kommt auch die Kunst hinzu. Kamerad Hoffmann hat das, was er selber im Atelier erschuf, in einem Buch zusammengefasst, er hat der eigenen Sammlung Werke anderer Betroffener hinzugefügt und mit erläuternden Textpassagen, die

ren würde. Bis zuletzt, bis zum Untergang der DDR war dies so, durfte man aus den U-Haftanstalten mit der Gnade des MfS-Apparates höchstens drei bis vier Briefe pro Monat schreiben und musste diese von den Stasi-Leuten lesen und prüfen lassen. Egal auch, wenn man dort ein ganzes Jahr zubrachte.

Martin Hoffmann hat vieles festgehalten – in seinen Erinnerungen. Das Gedächtnis kann ein guter Protokollant sein, wengleich Erinnerungen an Leid und Qual auch zur stetigen Marter werden, so sagt er es auch selbst. Aber die Vergegenständlichung in der Kunst kann auch eine hilfreiche therapierende Wirkung haben, denn das Wissen, etwas wie-

Die verschärfte Postkontrolle. Davon versprach man sich auch, das Erstarken von Oppositionsgruppen in der DDR zu verhindern. Die Stasi arbeitete mittels Merkmalfahndung, beschreibt Peter Hellström in seinem Buch „Die Postkontrolle der Staatssicherheit“, das im Berliner Verlag Morgana-Edition erschienen ist. Absender und Empfänger von Postsendungen wurden ebenso identifiziert wie die Schrifturheber. Diese Daten wurden dann in Informationsspeichern erfasst. Besonders Sendungen von und nach dem Ausland waren für die Spitzel von Interesse. Der Autor, selbst Zeitzeuge des Geschehens, hat in dem Buch eindrucksvolle Briefbelege aus seinem eigenen Archiv verarbeitet. Er stützt sich auch auf Unterlagen aus der BIRTHLER-Behörde und deren Außenstellen. Anhand seiner Biografie beschreibt der Autor die Auswirkungen des „Systems Postkontrolle“ auf politisch Andersdenkende. Gewidmet hat Hellström sein Buch allen, die durch ihren persönlichen Mut dazu beitrugen, das SED-Regime zu stürzen. Entstanden ist ein zeitgeschichtliches Dokument auf 435 Seiten, das im Bücherschrank nicht fehlen sollte. Es kostet 29,90 € und kann unter www.stasi-postkontrolle.de oder per E-Mail unter petermorgen@morgana-edition.de bestellt werden. Ronald Lässig



in passender Ausgewogenheit zu den Zeichnungen und Grafiken stehen, das ergänzt und unterstrichen, was sich in den Motiven ausdrückt.

Wer sich in die Lage des einstigen Häftlings versetzen kann, wer

terzugeben, was vielleicht verloren würde in der Geschichte und in der Zukunft, dies erleichtert einen denn doch.

Somit begegnen wir einem Buch, das man lesen und anschauen (!)

„Die Postkontrolle der Staatssicherheit“ von Peter Hellström

Dr. Martin Hoffmann:
Kunst aus dem GULag ISBN 978-3-86858-509-4, 68 Seiten, 14,90 €

Trotz der empfundenen Beklemmung Geschichte aufarbeiten

Stiftung Leistikowstraße in Potsdam betreibt anhand von Wand-Inschriften im ehemaligen sowjetischen Untersuchungsgefängnis Quellenforschung über die Inhaftierten

Im Rahmen eines Forschungsprojekts der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam werden seit Januar 2010 in den Kellerräumen des ehemaligen sowjetischen Untersuchungsgefängnisses Inschriften untersucht, die an den Wänden im Kellergeschoss erhalten sind. Dabei konnten nahezu 1.500 Inschriften ermittelt und dokumentiert werden. Die weitaus meisten stammen von Häftlingen, die hier zwischen 1945 und 1986 von der sowjetischen Spionageabwehr festgehalten wurden.

Insgesamt wurden 395 deutschsprachige und 519 russischsprachige Inschriften sowie 565 Zeichnungen und Ziffernfolgen ermittelt. Die Inschriften werden derzeit wissenschaftlich erforscht und ausgewertet. Das Forschungsprojekt, das auch eine restauratorische Untersuchung der fragilen Inschriften sowie eine Publikation der Ergebnisse umfasst, wird von der Ostdeutschen Sparkassenstiftung und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam gefördert. Es soll bis Mitte 2011 abgeschlossen werden.

„Die Inschriften sind die Stimmen der Inhaftierten, die mit großer Eindringlichkeit zu uns sprechen“, sagte **Gedenkstättenleiterin Dr. Ines Reich** vor Pressevertretern in Potsdam. „Nachdem erste Untersuchungen im Rahmen der Sanierung des Hauses von rund 300 Inschriften ausgingen, konnten wir nun fast die fünffache Zahl ermitteln. Ein besonderer Glücksfall ist es, dass viele Autoren ihren Namen hinterlassen haben. Insgesamt 60 Namen von Inhaftierten wurden entdeckt. Da bisher nur wenige der Inhaftierten namentlich bekannt sind, eröffnen die Inschriften neue biografische Forschungsansätze. In der künftigen Dauerausstellung werden die Inschriften und ihre Autoren einen bedeutenden Stellenwert einnehmen. Ich danke der Ostdeutschen Sparkassenstiftung und der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, dass sie das enorme Potenzial der unscheinbaren Spuren erkannt und das Projekt großzügig unterstützt haben“, sagte Ines Reich weiter.

Robert Heiduck, Pressesprecher der Mittelbrandenburgischen Spar-

kasse in Potsdam, erklärte: „Zum Engagement für die Region gehört auch, einen Beitrag zu leisten für die Erforschung der eigenen Geschichte, auch wenn das Ergebnis auf den ersten Blick Beklemmnis auslösen mag. Umso wichtiger finden wir die nun erfolgende Würdigung der Schicksale so vieler Inhaftierter.“

Bei den Recherchen zu den neu entdeckten Namen konnten bisher zwei ehemalige Häftlinge ausfindig gemacht werden. Erika Sagert, die 1953 für mehrere Monate in der Leistikowstraße inhaftiert war und heute in Frankfurt a. M. lebt, konnte Anfang Mai von Mitarbeitern der Gedenkstätte ausführlich interviewt werden.

„Wir haben gedacht, wir verschwinden von der Welt“, sagte Erika Sagert dabei gegenüber Gedenkstättenmitarbeitern. „Es geht nach Sibirien, und niemand hört, wo wir abgeblieben sind.“

Damit die Nachwelt von ihrem Schicksal erfahre, habe sie eine Botschaft in die Wand ihrer Zelle geritzt.

Frau Sagert hat zahlreiche Fotos und Dokumente für die künftige Ausstellung zur Verfügung gestellt. Zu weiteren Namen müssen Archivalien ermittelt werden, um die Personen zu finden und ihre Biografien erschließen zu können.

„Die Inschriften spiegeln in beklemmender Weise die Isolation und Ängste der Inhaftierten wider“, erklärte Ines Reich. „Sprüche, Gedichte und Zeichnungen überliefern, mitunter chiffriert, ihre Gedanken und Gefühle, die um den allgegenwärtigen Hunger und die Ungewissheit über die Zukunft kreisen. Die Inschriften ermöglichen es uns, Häftlingsschicksale am authentischen Ort konkret zu verorten. Daher sind sie nicht zuletzt unter didaktischen und gedenkstättenpädagogischen Gesichtspunkten von unschätzbarem Wert: Sie machen den Besuchern die Menschen und ihr Leid auch emotional erfahrbar“, so Reich weiter.

In der Potsdamer Leistikowstraße 1 befand sich von 1945 bis 1986 das zentrale Untersuchungsgefängnis der Spionageabwehr der Sowjeti-

schen Streitkräfte in Deutschland. Hier waren bis etwa Mitte der 1950er Jahre schätzungsweise bis zu 1.500 deutsche Zivilisten und anschließend Angehörige der Roten Armee inhaftiert. Es gibt kaum eine zweite Haftanstalt, die in so beklemmender Authentizität erhalten blieb wie das zum Gefängnis umgebaute ehemalige Pfarrhaus des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins. Das Gebäude und seine Geschichte sowie das Schicksal der Inhaftierten stehen im Mittelpunkt der Ende 2008 gegründeten Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße.

Derzeit wird eine Dauerausstellung erarbeitet, die voraussichtlich 2011 eröffnet wird. Bis dahin ist der Besuch der Gedenkstätte zu eingeschränkten Öffnungszeiten möglich.

Dr. Horst Seferens

Stiftung Brandenburg. Gedenkstätten

Bitte nicht: Vorwärts und alles vergessen!

Über das Erscheinungsbild der Partei Die Linke in NRW

☒ Es stimmt in der Tat, dass manche SED-Gerüche „verduften“, wo Kostüme geändert, Umfelder modernisiert werden und die überheblich belehrenden „Gutmeinungen“ zur Farce geworden sind. Die pompös gekünstelte Partei Die Linke lässt tausend Diamanten blühen und vollführt permanente Verrenkungen mit gediegener „Beredsamkeit“ und Dumpfheit ihrer Inhalte.

Geheimniskrämerei, Großmäuligkeit und Mausehelei – welches Demokratieverständnis haben die Wunderheiler mit ihren Placebos*?

Effekt „Vorwärts“ und alles vergessen. Der NRW-Politik-Betrieb sollte nicht zum Schlendrian verflachen, sondern sich an der Tiefe orientieren.

Die Frage „Darf man vergessen?“ besitzt die höchste Priorität in der heutigen Zeit.

Andreas Kaiser, gestaltender Künstler

***Placebo:** ein Scheinmedikament oder auch eine Scheinoperation bzw. ein Wunderheilmittel. *Wörtliche Übersetzung aus dem Lateinischen: Ich werde gefallen ...*

Geschichte im Klassenauftrag ideologisch zurechtgebogen

Zum Todes des SED-Historikers Stefan Doernberg und über die Bedeutung des 8. Mai 1945

In Berlin starb am 3. Mai der Altkommunist und Historiker Stefan Doernberg im Alter von 85 Jahren. Geboren am 21. Juni 1924 in der Reichshauptstadt Berlin als Sohn eines jüdischen KPD-Funktionärs, emigrierte er 1935 mit seinen Eltern nach Moskau, wo er 1941 das Abitur ablegte und, nachdem die Deutsche Wehrmacht am 22. Juni die sowjetrussischen Grenzen überschritten hatte, sich freiwillig zum Kriegseinsatz in der „Roten Armee“ meldete.

Dennoch wurde er, was zum „dunklen Punkt“ in seiner sonst ideologisch „sauberen“ Biografie wurde, 1942 vorübergehend im Ural interniert, bevor er die Komintern-Schule* in Kuschnarenkovo/Kasachstan besuchen, wo er Wolfgang Leonhard traf, und als Leutnant an den Endkämpfen um Berlin teilnehmen durfte.

Nach dem Krieg arbeitete er als Dolmetscher für die Besatzungsmacht in Mecklenburg, als Redakteur bei der sowjetamtlichen „Täglichen Rundschau“, absolvierte ein Fernstudium für Geschichte, war dann bis 1955 außenpolitischer Redakteur der Zeitschrift „Sowjetliteratur“, übernahm, noch ohne Dokortitel, den Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte am 1951 gegründeten „Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“, wo er 1959 schließlich mit der Arbeit „Die Geburt eines neuen Deutschland 1945-1959“ promoviert wurde.

Eine Parteikarriere also, die schier unaufhaltsam war! So war er 1961/71 Direktor des „Deutschen Instituts für Zeitgeschichte“ in Ostberlin, bekam 1963 eine Professur für deutsche und internationale Arbeiterbewegung, weshalb er auch Mitautor der achtbändigen „Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung“ (1966) wurde.

Die Aufgaben und Ehrenämter, die er im Parteauftrag übernahm, sind kaum aufzuzählen. Schließlich wirkte er 1971/77 als stellvertretender Direktor des 1971 gegründeten „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft“, danach 1977/81 als Direktor des „Instituts für Internationale Beziehungen“ an

der Walter-Ulbrich-Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam, und wurde schließlich 1981/87 DDR-Botschafter in Helsinki. Gestorben ist er wenige Tage vor seinem Abflug nach Moskau, wo er am 9. Mai an den Feiern zum 65. Jahrestag des Sieges über „Hitler-Deutschland“ teilnehmen wollte. Die einstige SED-Zeitung „Neues Deutschland“, das heutige „Zentralorgan“ der Partei „Die Linke“, ehrte ihn am 8. Mai mit dem zweiseitigen Abdruck seiner Kriegserinnerungen „Als Berliner Jude in der Roten Armee“.

FG = Geschichts Lektion

Stefan Doernberg hat in seiner Autobiografie „Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters“ (2004) sein ereignisreiches Leben beschrieben. Darin kann man einen Satz lesen, an dessen Stringenz er sich als Historiker und Geschichtswissenschaftler leider nicht gehalten hat: „Die Geschichte ist immer offen, und sie nutzt in ihrem Verlauf zwar die Erfahrungen der Vergangenheit, richtet sich aber nicht nach diesen. Schon gar nicht folgt sie Vorgaben von Politikern und Gelehrten.“

Er, der Hunderte von Geschichtswissenschaftlern ausbildete, vertrat als Lehrender immer die These, dass die Geschichte eine Abfolge von Klassenkämpfen wäre, die schließlich in die „klassenlose Gesellschaft“ einmündete. Für diese unbeweisbare These sind zwischen 1945 und 1989 Tausende von „Klassenfeinden“ verfolgt, verhaftet, umgebracht oder in die Flucht nach Westberlin getrieben worden. Unter dem Dutzend Büchern, die der klassenkämpferische Professor veröffentlicht hat, ist das vierte ein besonders krasses Beispiel, das den Titel „Kurze Geschichte der DDR“ (1964) trägt. Hier wird der Verlauf des kurzlebigen SED-Staates so

umgebürstet, dass der Aufstand des 17. Juni 1953 zum „faschistischen Putschversuch“ abgewertet und der Mauerbau vom 13. August 1961 zur glorreichen „Friedenstat“ aufgewertet werden. Geschichtsklitterungen auf jeder der zuletzt 749 Seiten (vierte Auflage 1969)!

Leider hat der marxistische Historiker in der 1961 in Berlin geborenen Germanistin Gesine Löttsch, die seit 2002 als Abgeordnete der „Linken“ im Deutschen Bundestag sitzt, eine gelehrige Schülerin gefunden. Sie lud am 7. Mai ins „Theater an der Parkaue“ nach Berlin-Lichtenberg ein, wo einst Erich Mielkes „Ministerium für Staatssicherheit“ residierte, um den „65. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus“ zu feiern. Leider nur, so musste sie zugeben, ist bei Millionen Deutschen die Erkenntnis noch nicht gereift, dass der 8. Mai 1945 der „Tag der Befreiung“ war! Sie drückte es freilich verhaltener aus: „Diese Einsicht hat sich in unserem Land leider noch nicht durchgesetzt.“ Aber vielleicht könnte da ja ideologische Schulung durch Dr. Gregor Gysi nachhelfen, denn die „Friedensfreundin“ Gesine Löttsch will noch einen Schritt weitergehen, nämlich: „den Tag der Befreiung zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären.“ Charascho**! *Dr. Jörg B. Bilke*

** Charascho (russisch) = gut

* Komintern, auch KI genannt, war die Fortführung der ehemals Kommunistischen Internationale, die auf Initiative Lenins 1919 in Moskau gegründet wurde. Die vordem existierende Internationale war zu Beginn des Ersten Weltkrieges aufgelöst worden. Die Komintern erwies sich als Machtinstrument der kommunistischen Sowjetunion gegenüber den kommunistischen Parteien der westeuropäischen Länder und wurde durch Stalins Machtanspruch erheblich missbraucht. Dennoch löste Stalin die Organisation 1943 auf Drängen der West-Alliierten selbst auf, da er wirtschaftlich und militärisch vor allem auf die USA angewiesen war, ohne deren Unterstützung er den Krieg nicht hätte gewinnen können.

Eine historisch gewachsene Kraft

*Die Rolle der VOS im Vergleich zu anderen
Organisation aus der Sicht von Ernst Flinscher*

60 Jahre und kein bisschen leise. Die VOS war in ihrem 60-jährigen Bestehen niemals leise, sondern sie hat, und gerade das ist ihr Markenzeichen, stets unbequeme Themen auf die Tagesordnung gebracht, hat gewarnt, gemahnt und aufgeklärt. Und sie hat etwas auch unternommen und für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft Einiges erreicht.

Es würde zu weit führen, hier jetzt alle erfolgreichen Aktivitäten aus der 60-jährigen Geschichte der VOS aufzuzählen. Aber drei erfolgreiche Aktivitäten der VOS möchte ich hier erwähnen: Es war die VOS, die mit ihrer Verfassungsklage 1998 die Anhebung der Kapitalentschädigung durchgesetzt hat. Es war auch die VOS, die das sogenannte „Briefmarkengeld“ anlässlich des 17. Juni 2003 ermöglicht hat. Auch an der Durchsetzung der Opferpension war die VOS beteiligt.

Es darf als unstrittig angesehen werden, dass die VOS bezüglich der Interessenvertretung der Opfer schon immer die führende Kraft war, noch v o r der UOKG! Als die VOS 1998 der UOKG beitrug, war dieser Beitritt mit bestimmten Hoffnungen verbunden, die sich leider niemals erfüllten.

Die heutige UOKG ist nicht jener Dachverband, den wir uns gewünscht hatten. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass allein schon situationsbedingt die VOS auch weiterhin die führende Kraft bezüglich der Interessenvertretung der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft bleiben wird, ja bleiben muss.

Das wird einigen Miesmachern nicht gefallen, sie werden aber trotz ständiger Anfeindung nichts daran ändern. Ich meine hier ein ganz spezielles Internet-Forum. Dort wird mit Tatsachenverdrehungen, Halbwahrheiten und purer Lüge gegen die VOS Stimmung gemacht, bisher allerdings erfolglos, denn diesen Forenbetreiber nimmt kaum jemand wirklich ernst. Es sind drei Männer und eine Frau, die unter den verschiedensten Pseudonymen ihre geistigen Ergüsse publizieren und so den Eindruck erwecken wollen, als würden sie eine Mehrheit vertreten.

Es sind außenstehende Nörgler, die selbst keinem Verband angehören, die nicht die Courage haben, einem Verband beizutreten und selbst etwas zu bewegen. Was diese Leute veranstalten ist etwa so, als wolle man einem Elefanten Mausefallen stellen.

Die VOS aber ist eine historisch gewachsene Kraft und in dieser Position steht sie auch weiterhin in der Pflicht, noch v o r der UOKG! *Ernst Flinscher*

Für neues Gutachten werden tausende Euro benötigt

Auch die Aufarbeitung der Verbrechen an Psychiatrie-Opfern ist teuer

Ich möchte eine kurze Information zu meiner Anzeige in der FG-Ausgabe vom März 2010 geben.

Der Generalstaatsanwalt von Mecklenburg-Vorpommern hat trotz Einschreiben von mir, nicht auf die Anzeige reagiert. Eine zweite von mir gestellte Anzeige, im gleichen Zusammenhang wurde jetzt durch die Kriminalpolizei Stralsund bearbeitet. Das Nichtreagieren durch die Staatsanwaltschaft und somit durch die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern zeigt mir, dass kein Interesse an der Aufarbeitung der Verbrechen innerhalb der DDR-Psychiatrie besteht.

Ein weiteres Problem für mich besteht darin, dass die mir gestellte Stasi-Diagnose: „Paranoid, schizophran – Verfolgungswahn“ auch bei den heute von mir geführten Gesprächen mit öffentlichen Behörden zum Nachteil gereicht. Die Diagnose könnte nur durch einen unabhängigen Gutachter aufgehoben werden. Das Gutachten muss vom Opfer bezahlt werden.

In der Vergangenheit habe ich bereits mehrere hundert Euro für Rechtsanwälte bezahlt, die für mich kein Ergebnis erreicht haben. Jetzt muss ich weitere tausende Euro dafür bezahlen, damit Unrecht aufgehoben wird! Ist das so von politischer Seite gewollt?

Dadurch habe ich mich finanziell bereits in Abhängigkeit begeben müssen. Eine Anfrage um finanzielle Unterstützung bei der Landesbeauftragten für Stasi Unterlagen Mecklenburg-Vorpommern, Frau Pagels-Heineking, hat ergeben, dass für solche Zwecke kein Geld vorhanden ist.

Kann mich die VOS bei meinen Bemühungen um Rehabilitation unterstützen? *Lothar Tiedtke von Kofß*

Wir suchen Personen,

die in der ehemaligen DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren, Ihre Partner/Partnerinnen und ihre Kinder für die Teilnahme an einer Fragebogenstudie.

Alle Angaben, die in dieser Studie gemacht werden, werden vertraulich behandelt. Die Beantwortung eines Fragebogens wird ca. eine halbe Stunde dauern. Kosten für Porto und Rückporto werden von uns übernommen. Wenn Sie sich eine Teilnahme an dieser Studie vorstellen können oder Fragen dazu haben, wenden Sie sich bitte an die

Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie

Frau Dipl.-Psych. Maya Böhm, Philipp-Rosenthal-Str. 55, 04103 Leipzig Tel.: 0341 22 311 55

E-Mail: Maya.Boehm@web.de

Wir trauern um

Georg Ludwig

Rudi Schreiber

Lothar Hornuf

Gotthard Günnel

Anneliese Hellner

Friedhelm Schultz

Ilse Schönberg

Bezirksgruppe Freiberg

Bezirksgruppe Oranienburg

Bezirksgruppe Dresden-Land

Bezirksgruppe Reichenbach

Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe

Bezirksgruppe Westprignitz

Bezirksgruppe München

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Aufruf

Liebe Kameradinnen, Liebe Kameraden,
auch in diesem Jahr wollen wir wieder in

**Berlin- Charlottenburg am Steinplatz
des 17. Juni 1953 gedenken.**

**Am Donnerstag, den 17. Juni 2010
um 09.00 Uhr**

findet die
**Gedenkfeier der Opferverbände
kommunistischer Gewaltherrschaft statt.**

Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Der Veranstalter ist wie immer die VOS.

Der Bundesvorstand

Petra Dietz – die richtige Frau an der richtigen Stelle

17.000 Euro für VOS bewilligt

Beratungsstelle im Vogtlandkreis gesichert

Petra Dietz aus Pfaffengrün (Foto) kann ein weiteres Jahr SED-Opfer im Vogtland betreuen. Der Kreistag in Bad Elster beschloss, der VOS dafür 17.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Mit dem Geld wird die Stelle der Opferberaterin ab 1. Juli für weitere zwölf Monate gesichert. Petra Dietz ist in der Beratungsstelle in Reichenbach seit 2004 tätig.

Dass sie die richtige Frau an der richtigen Stelle ist, verdeutlichte die 56-Jährige in ihrer engagierten Rede vor den Kreistagsabgeordneten. „Opferberaterin – das ist mein Leben“, sagte sie.

Petra Dietz weiß, wovon sie spricht. Sie kam im Haftkrankenhaus zur Welt, ihre Mutter musste aus politischen Gründen im DDR-Frauengefängnis einsitzen und starb mit nur 24 Jahren. Diese gestohlene Kindheit, so sagt Petra Dietz, habe sie geprägt. Ihre eigenen Erfahrungen sind der Antrieb für den unermüdlichen und erfolgreichen Einsatz in der Beratungsstelle. Und so verwundert es nicht, dass sie nach ihrer Rede von den Abgeordneten viel Applaus bekam. Der Kreistag, so hieß es, werde sich stets zu seiner Verantwortung gegenüber den SED-Opfern bekennen.

Und so gab es bei der Abstimmung über die Bewilligung der Finanzmittel fast nur Zustimmung, lediglich einige Links-Abgeordnete enthielten sich.

Kontakt: VOS-Geschäftsstelle: 08468 Reichenbach,
Friedrich-Ebert-Straße 25, Tel/Fax. 03765 – 521 370,
Beratung: Dienstag: 09.00 bis 16.00 Uhr.

CDU-Vorsitzende dankt VOS für Glückwünsche

(BV) Frau Dr. Saskia Ludwig dankte der VOS für das Gratulationsschreiben anlässlich ihrer Wahl zur Fraktionsvorsitzenden im Landtag der CDU von Brandenburg. Sie betont, dass ihr eine gemeinsame Bewältigung der Aufgaben sehr am Herzen läge und erklärt die Bereitschaft, den Dialog mit der VOS fortzusetzen.

**VEREINIGUNG
DER OPFER DES
STALINISMUS (VOS)**
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Gestaltung: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe www.vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (692) erscheint im Juni 2010
Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 691 18. Mai 2010